



Sie kämpfen intensiv gegen den Bau der K9n und warten gespannt auf die Schadstoff-Messergebnisse des Landesumweltamtes. (Archivfoto)

Neuer Streit um die K9n

ERSCHLISSUNG Stadt sieht die Planung der Kreisstraße von Messaktion nicht ausgebremst.

Von Beatrix Van Vlodrop

Osterath. Der BUND Meerbusch und die Kritiker des geplanten Ausbaus der K9 zwischen Strümper Busch und Anschlussstelle Bovert schöpfen Hoffnung. Die K9n, betont jetzt das Gutachterbüro Peutz, könne nur gebaut werden, sofern ein Luftreinhalteplan aufzeige, dass die Luftreinhalteziele erreicht werden können. Bevor der Luftreinhalteplan vorliege, sei ein Straßenbau nach Auffassung der Experten nicht mehr möglich.

Hintergrund: Peutz Con-

sult hatte die Schadstoffbelastung in dem Plangebiet (die Kreisstraße und das Wohngebiet Auf dem Kamp) errechnet, in konkreten Teilbereichen Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt und damit die Bezirksregierung und das Landesumweltamt auf den Plan gerufen.

Jetzt muss geprüft werden, ob ein Luftreinhalteplan notwendig wird. Dazu reichen Berechnungen nicht mehr aus: Seit Dezember werden die konkreten Schadstoffe gesammelt und analysiert.

Der Planungsausschuss wird sich in der kommenden Woche mit dem Thema K9n befassen. Die Haltung des Technischen Dezernats Meerbusch ist unverändert: Die K9n sei sowohl für die Bewohner des Neubaugebiets Am Strümper Busch, als auch für die Unternehmen im benachbarten Gewerbegebiet

fest zugesagt und unabdinglich, unterstreicht Dezernent Just Gérard. „Die einen leiden unter dem Verkehr, der zurzeit durchs Wohngebiet zum Bauhof, zum Wertstoffhof und zum Gewerbegebiet rollt. Die anderen brauchen unbedingt eine optimale Anbindung an die Autobahn.“ Jetzt das Planverfahren konsequent weiterzubetreiben, sei auch eine Frage verlässlicher und glaubwürdiger Stadtplanungspolitik in Meerbusch.

BUND erwartet das Warten auf konkrete Messergebnisse

Die Schadstoffbelastung und eine mögliche Pflicht zur Aufstellung eines Luftreinhalteplans – Aufgabe der Bezirksregierung – halten die Planung in Augen der Stadt nicht auf: Es gebe keinen Hinweis darauf, dass ein Luftreinhalteplan die Belastungen nicht auf ein akzeptables Maß reduzie-

re. Deshalb könne „die Einhaltung der Grenzwerte der zuständigen Behörde überlassen“ werden. Das ist die Bezirksregierung. Unabhängig davon wollten die Stadtplaner ihrerseits die Straße zeitnah realisieren. „Von daher scheidet die Alternative, den Bebauungsplan so lange ruhen zu lassen, bis die Problematik ... gelöst ist, aus.“

Das sehen die Vertreter des BUND völlig anders. „Wir erwarten zumindest, dass das Verfahren so lange ruht, bis aussagekräftige Messergebnisse vorliegen“, sagt Astrid Hansen stellvertretend. Das könne eventuell schon nach sechs oder acht Monaten der Fall sein. Außerdem müsste es eine Idee für konkrete Schadstoffreduzierungsmaßnahmen geben: Lkw-Verbot, eine Umgehungsstraße oder Tunnel würden an dieser Stelle wohl ausscheiden.